



Staatspolitische Kommission
CH-3003 Bern

spk.cip@parl.admin.ch
parl.ch

An die

- politischen Parteien
- Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Dachverbände der Wirtschaft
- interessierten Kreise

20. Oktober 2026

26.425 s Pa. Iv. SPK-S. Verfassungsanpassung betreffend die Bilateralen III, Entwurf 2: Schubert-Praxis

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) hat am 15. Oktober 2026 ihr Sekretariat beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den Dachverbänden der Wirtschaft sowie bei weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zum beiliegenden Vorentwurf durchzuführen.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **4. Dezember 2026**.

Die SPK-S schlägt vor, die Schubert-Praxis des Bundesgerichts zu kodifizieren, um damit das Verhältnis zwischen Bundesgesetzen und den Binnenmarktabkommen zwischen der Schweiz und der EU zu klären. Bundesgesetze sollen für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend sein, wenn der Gesetzgeber bewusst von einem Binnenmarktabkommen mit der EU abweicht. Die SPK-S schickt zwei Varianten in die Vernehmlassung: Mit der ersten Variante soll die Schubert-Praxis des Bundesgerichts auf Verfassungsstufe, mit der zweiten auf Gesetzesstufe verankert werden. Sie ersucht die Vernehmlassungsteilnehmenden, sich für eine der beiden Varianten auszusprechen.

Die Frist für die Einreichung einer Stellungnahme ist aus folgendem Grund kürzer als üblich: Die Kommission möchte den vorliegenden Entwurf in der Frühjahrssession 2027 dem Ständerat vorlegen, damit die Beratung in den Räten zur Kodifizierung der Schubert-Praxis möglichst parallel zur Beratung des Geschäfts 26.023 s («Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU [Bilaterale III]»)» stattfinden kann. Aufgrund dieser terminlichen Vorgabe und um dem Bundesrat genügend Zeit für eine Stellungnahme einzuräumen, wurde die Vernehmlassungsfrist verkürzt.

In der Beilage erhalten Sie zwei Varianten eines Vorentwurfs mit zwei erläuternden Berichten. Die Vernehmlassungsunterlagen können Sie auch über die folgende Internetseite beziehen:

[Laufende Vernehmlassungen | Fedlex](#)

Die Parlamentsdienste werden bei der Durchführung der Vernehmlassung vom Bundesamt für Justiz (BJ) unterstützt. Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen



elektronisch (bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adresse zu senden:

gabriel.gertsch@bj.admin.ch; alexandre.allflatt@bj.admin.ch

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen seitens des Bundesamtes für Justiz Gabriel Gertsch (Tel. 058 467 39 67) sowie seitens des Sekretariates der Staatspolitischen Kommissionen Anne Benoit (Tel. 058 322 97 76) gerne zur Verfügung.

Für Ihre Stellungnahmen danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

Heidi Z'graggen
Kommissionspräsidentin

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf Variante Gesetz und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Vernehmlassungsentwurf Variante Verfassung und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)